

## **Satzung** **über die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Heidgraben** **(Abwassersatzung)**

Auf Grund der §§ 4 und 17 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein, der §§ 1, 6 und 8 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein und des § 30 des Landeswassergesetzes wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 10.12.2012 folgende Satzung erlassen:

### **§ 1** **Allgemeines**

(1) Die Gemeinde betreibt die unschädliche Beseitigung des Abwassers (Schmutz- und Niederschlagswasser) als öffentliche Einrichtung.

(2) Abwasser im Sinne dieser Satzung sind das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser (Schmutzwasser) sowie das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen abfließende Wasser (Niederschlagswasser); dazu gehört auch der in Hauskläranlagen anfallende Schlamm. Nicht als Abwasser im Sinne dieser Satzung gelten das durch landwirtschaftlichen Gebrauch verunreinigte Abwasser, das dazu bestimmt ist, auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Böden aufgebracht zu werden, sowie Jauche und Gülle. Nicht als Abwasser im Sinne dieser Satzung gelten auch die Stoffe und Abwasser nach § 6 Abs. 1 dieser Satzung.

(3) Die Abwasserbeseitigung umfasst

1. die Behandlung des in die Abwasseranlagen eingeleiteten Abwassers und
2. das Einsammeln und Abfahren des in Hauskläranlagen anfallenden Schlammes und des in abflusslosen Gruben gesammelten Abwassers und die Einleitung und Behandlung in Abwasseranlagen.

(4) Die Gemeinde schafft die für die Abwasserbeseitigung erforderlichen Anlagen und Einrichtungen, und zwar das Klärwerk mit dem öffentlichen Kanalnetz (Abwasseranlage) und die Abfuereinrichtungen für die Abwasserbeseitigung nach Absatz 3 Nr. 2. Sie kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben Anlagen und Einrichtungen Dritter in Anspruch nehmen und Dritte mit der Durchführung beauftragen.

(5) Zu den Abwasseranlagen gehören auch:

- a) die Grundstücksanschlusskanäle vom Straßenkanal bis zur Grundstücksgrenze,
- b) Gräben und solche Gewässer, die auf Grund der vorgeschriebenen wasserrechtlichen Verfahren Bestandteil der Abwasseranlage geworden sind,
- c) die von Dritten errichteten und unterhaltenen Anlagen, wenn sich die Gemeinde ihrer zur Abwasserbeseitigung bedient und zu ihrer Unterhaltung beiträgt.

## **§ 2 Grundstück**

(1) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist unabhängig von der Eintragung im Grundbuch jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbstständige wirtschaftliche Einheit bildet.

(2) Befinden sich auf einem Grundstück mehrere zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmte Gebäude, so können für jedes dieser Gebäude die für Grundstücke maßgeblichen Vorschriften dieser Satzung angewandt werden; die Entscheidung hierüber trifft die Gemeinde.

## **§ 3 Berechtigte und Verpflichtete**

(1) Berechtigter und Verpflichteter im Sinne dieser Satzung ist der Grundstückseigentümer. Die Rechte und Pflichten des Grundstückseigentümers gelten entsprechend für die zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigten und für Inhaber eines auf dem Grundstück befindlichen Gewerbebetriebes. Mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.

(2) Jeder Eigentumswechsel an einem Grundstück ist binnen zwei Wochen der Gemeinde anzuzeigen. Unterlassen der bisherige Eigentümer oder der neue Eigentümer die Anzeige, so sind beide Gesamtschuldner, bis die Gemeinde Kenntnis von dem Eigentumswechsel erhält. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

## **§ 4 Anschluss- und Benutzungsrecht**

(1) Der Grundstückseigentümer hat vorbehaltlich § 5 das Recht, sein Grundstück an die Abwasseranlage anzuschließen, wenn es durch eine Straßen erschlossen ist, in der betriebsfertige Abwasserkanäle mit Anschlusskanälen zu seinem Grundstück vorhanden sind (Anschlussrecht). Bei anderen Grundstücken kann die Gemeinde auf Antrag den Anschluss zulassen.

(2) Der Grundstückseigentümer hat vorbehaltlich § 6 das Recht, nach dem betriebsfertigen Anschluss seines Grundstücks an die Abwasseranlage das auf seinem Grundstück anfallende Abwasser in die Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungsrecht).

(3) Soweit die Voraussetzungen der Absätze 1 und 2 nicht vorliegen, hat der Grundstückseigentümer das Recht zu verlangen, dass der in Hauskläranlagen anfallende Schlamm und das in abflusslosen Gruben gesammelte Abwasser abgefahren werden.

## **§ 5 Begrenzung des Anschlussrechts**

(1) Die Gemeinde kann den Anschluss ganz oder teilweise widerruflich oder befristet versagen, wenn

- a) das Abwasser wegen seiner Art oder Menge nicht zusammen mit den in Haushaltungen anfallenden Abwässern beseitigt werden kann,
- b) eine Übernahme des Abwassers technisch nicht möglich oder wegen des unverhältnismäßig hohen Aufwandes nicht vertretbar ist oder
- c) die Beseitigung des in Hauskläranlagen anfallenden Schlammes und des in abflusslosen Gruben gesammelten Abwassers auf dem Grundstück durch den Nutzungsberechtigten möglich ist und das Wohl der Allgemeinheit hierdurch nicht beeinträchtigt wird.

(2) In den nach dem Trennverfahren entwässerten Gebieten darf Schmutz- und Niederschlagswasser nur den dafür bestimmten Leitungen zugeführt werden.

## **§ 6 Begrenzung des Benutzungsrechts**

(1) In die Abwasseranlage dürfen nicht eingeleitet werden

- a) feste Stoffe, die in den Abwasseranlagen zu Verstopfungen führen können, z. B. Schutt, Sand, Asche, Kehricht, Lumpen, Dung, Schlacht- und Küchenabfälle, auch wenn diese Stoffe zerkleinert worden sind,
- b) feuergefährliche, explosive sowie diejenigen radioaktiven Stoffe, die die Grenzwerte der Strahlenschutzbestimmung der jeweils gültigen Fassung überschreiten,
- c) schädliche oder giftige Abwässer, insbesondere solche, die schädliche Ausdünstungen oder üble Gerüche verbreiten oder die Baustoffe oder Abwasseranlagen angreifen oder die darin Arbeitenden gefährden oder die Reinigungsvorgänge im Klärwerk oder die Schlammverwertung sowie die schadlose Beseitigung der Reinigungsrückstände stören können, wie z. B. Benzin, Benzol, Korbidi, Cyanide, Phenol, Öl, Fett,
- d) Abwässer aus Ställen, Dung- und Güllegruben, z. B. Jauche, Gülle, Silage,
- e) pflanzen- oder bodenschädliche Abwässer,
- f) Schmutzstoffe aus Abfallzerkleinern.

Maßgaben für die Einleitung ist die anliegende Tabelle, welche Bestandteil dieser Satzung, ist, es sei denn, dass die jeweiligen Regeln der Technik schärfere

Anforderungen stellen; dann gelten diese. Befristete Ausnahmeregelungen bedürfen der Zustimmung des Abwasser-Zweckverbandes Pinneberg.

Die in Satz 1 und 2 genannten Stoffe dürfen ebenfalls nicht in Grundstücksabwasseranlagen eingeleitet werden.

(2) Der unmittelbare Anschluss von Dampfleitungen und Dampfkesseln an Abwasseranlagen ist nicht zulässig.

(3) Wenn schädliche oder gefährliche Stoffe in die Abwasseranlage oder die Grundstücksabwasseranlage gelangen, so ist die Gemeinde unverzüglich zu benachrichtigen.

(4) Auf Grundstücken, auf denen Benzin, Benzol, Öle oder Fette anfallen, sind Vorrichtungen zur Abscheidung dieser Stoffe aus dem Abwasser einzubauen (Abscheider). Für Art und Einbau dieser Abscheider sind die jeweils geltenden DIN-Vorschriften maßgebend. Der Verpflichtete hat die Entleerung der Abscheider in regelmäßigen Abständen und bei Bedarf vorzunehmen. Das Abscheidegut ist unverzüglich vorschriftsmäßig zu beseitigen und darf insbesondere keinem Abwassernetz zugeführt werden. Der Verpflichtete haftet für jeden Schaden, der durch eine versäumte Entleerung der Abscheider entsteht.

(5) Wer Abwasser einleitet, bei dem der Verdacht besteht, dass es sich um schädliche oder gefährliche Abwasser oder Stoffe im Sinne von Absatz 1 oder gefährliche Abwasser und Stoffe von Absatz 1 handelt, hat nach Aufforderung durch die Gemeinde regelmäßig über Art und Beschaffenheit des Abwassers sowie über dessen Menge Auskunft zu geben und die dazu erforderlichen technischen Einrichtungen, insbesondere Messeinrichtungen, vorzuhalten. Die Gemeinde kann auf Kosten des Einleiters Abwasseranalysen durch ein zugelassenes Untersuchungsinstitut vornehmen lassen.

(6) Wenn die Art des Abwassers sich ändert oder die Menge des Abwassers sich wesentlich erhöht, hat der Anschlussnehmer unaufgefordert und unverzüglich der Gemeinde dies mitzuteilen. Auf Verlangen hat er die Unschädlichkeit des Abwassers nachzuweisen. Reichen die vorhandenen Abwasseranlagen für die Aufnahme oder Reinigung des veränderten Abwassers oder der erhöhten Abwassermenge nicht aus, so behält sich die Gemeinde vor, die Aufnahme dieser Abwasser zu versagen; dies gilt jedoch nicht, wenn der Anschlussnehmer sich bereit erklärt, den Aufwand für die Erweiterung der Abwasseranlagen und die erhöhten Betriebs- und Unterhaltungskosten zu tragen.

(7) Die Gemeinde kann mit Zustimmung der Wasserbehörde die Einleitung von Abwasser, das wegen seiner Art oder Menge nicht zusammen mit dem in Haushaltungen anfallenden Abwasser beseitigt werden kann oder dessen Übernahme technisch nicht möglich oder wegen des unverhältnismäßig hohen Aufwandes nicht vertretbar ist, untersagen.

(8) Gewerbliche und industrielle Betriebe sowie Krankenanstalten und ähnliche Einrichtungen, deren Abwässer in ihrer Beschaffenheit nicht nur unerheblich von

häuslichen Abwässern abweichen, dürfen nur mit Zustimmung des Abwasser-Zweckverbandes Pinneberg an die Abwasseranlage angeschlossen werden. Die Gemeinde kann dazu insbesondere nach Maßgabe des Einzelfalles auf der Grundlage der allgemein anerkannten Regeln der Abwassertechnik Einleitungsbedingungen festsetzen, die die Schädlichkeit des Abwassers vor der Einleitung in die Abwasseranlage vermindern oder seine Abbaufähigkeit verbessern. Sie kann zu diesem Zweck den Einbau von Messgeräten und anderen Selbstüberwachungseinrichtungen sowie eine Vorbehandlung oder eine Rückhaltung (Speicherung) des Abwassers verlangen. Abwässer, die innerhalb von 12 Stunden in Fäulnis übergehen, sind vorzubehandeln.

(9) Wer unter Nichtbeachtung dieser Vorschriften und der Einleitungsbedingungen den Verlust der Halbierung des Abgabesatzes nach § 9 Abs. 5 Abwasserabgabengesetz verursacht oder wer Störungen der Abwasserbehandlung durch das Einleiten besonderer Schadstoffe verursacht, die zu einer Erhöhung der Abgabe nach § 4 Abs. 4 Abwasserabgabengesetz führt, hat der Gemeinde den Betrag zu erstatten, um den sich die Abwasserabgabe durch die Nichterfüllung der Anforderungen nach § 9 Abs. 5 Abwasserabgabengesetz bzw. nach § 4 Abs. 4 Abwasserabgabengesetz erhöht. Haben mehrere den Wegfall der Halbierung verursacht, so haften sie als Gesamtschuldner. Ist der Verursacher mit vertretbarem Verwaltungsaufwand nicht zu ermitteln, so wird der Mehrbetrag nach Satz 1 auf alle Benutzer umgelegt.

### **§ 6 a** **Überwachung der Einhaltung der Einleitungsbedingungen**

(1) Die Gemeinde hat dem Abwasser-Zweckverband Pinneberg die Überwachung der Einhaltung der Einleitungsbedingungen übertragen. Wer Abwasser einleitet, hat damit die Ausübung der Überwachung der Einleitung durch den Abwasser-Zweckverband zu dulden.

(2) Die Überwachung der Einleiter auf Einhaltung der abwasserrechtlichen Aufgaben erfolgt nach einheitlichen, den Bedürfnissen entsprechenden und den gesetzlichen Anforderungen Rechnung tragenden Kriterien. Die Untersuchungen der Abwasserproben zur Ermittlung der physikalischen und chemischen Beschaffenheit sind – wenn ein Schnelltest nicht ausreichend ist – nach dem Deutschen Einheitsverfahren zur Wasser- und Schlammuntersuchung in der jeweils gültigen Fassung oder den entsprechenden DIN-Normen des Fachnormenausschusses Wasserwesen im Deutschen Institut für Normung e. V. oder anderen Methoden durchzuführen.

(3) Ein Überwachungsvorgang erstreckt sich insbesondere auf folgende Kriterien:

- a) Überprüfung von Entwässerungssystemen auf dem Grundstück,
- b) Funktionskontrollen von betrieblichen Abwasservorbehandlungsanlagen,
- c) Überprüfung von betriebseigenen Messwertaufzeichnungen,

- d) Kontrolle von Betriebsbüchern, die in Verbindung mit Vorbehandlungsanlagen geführt werden müssen (z. B. Eintragungen über Betriebsstörungen an Abwasservorbehandlungsanlagen, über Chemikalienverbräuche, Wartungsdienste),
- e) Einsicht in Nachweise über den Verbleib der in den Vorbehandlungsanlagen und Abscheidern anfallenden Abfälle einschl. Altöl,
- f) Einsatz von Messgeräten und/oder Probenentnahmegeräten an den Einleitstellen und/oder nach den Abwasservorbehandlungsanlagen,
- g) Entnahme von Stich-, Misch- und Reihenproben zur Abwasseruntersuchung,
- h) Analyse der nach f) und g) gezogenen Abwasserproben.

(4) Bei Verletzung der abwasserrechtlichen Auflagen wird die Gemeinde die erforderlichen Maßnahmen zur Abstellung dem Einleiter auferlegen. Bei Gefahr im Verzuge kann vom Beauftragten des Zweckverbandes namens der Gemeinde mündlich vor Ort vom Einleiter eine Beseitigung des ordnungswidrigen Zustandes verlangt werden.

(5) Wenn bei einem Überwachungsvorgang ein Verstoß gegen die Einleitungsbedingungen festgestellt wird, hat der Einleiter für jede weitere Kontrolluntersuchung

- a) einen Grundbetrag von je 100,00 €,
- b) die vom Abwasser-Zweckverband in Rechnung gestellten Analysekosten und
- c) auf den Gesamtbetrag von a) und b) einen 10 %-igen Verwaltungskostenanteil zu entrichten.

(6) Über die Kosten gemäß § 6 a Abs. 5 wird ein besonderer Bescheid gefertigt. Der in diesem Bescheid festgesetzte Betrag ist innerhalb von 14 Tagen nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

## **§ 7**

### **Anschluss- und Benutzungszwang**

(1) Der Eigentümer eines bebauten Grundstücks ist verpflichtet, sein Grundstück an die Abwasseranlage anzuschließen, wenn es durch eine Straße erschlossen ist, in der ein betriebsfertiger Abwasserkanal mit Anschlusskanal zu seinem Grundstück vorhanden ist (Anschlusszwang). Dies gilt auch, wenn das Grundstück wegen der Höhenverhältnisse nur über eine private Abwasserhebeanlage angeschlossen werden kann.

(2) Mit der ortsüblichen Bekanntgabe der betriebsfertigen Herstellung der Abwasserkanäle durch die Gemeinde wird der Anschlusszwang für die betroffenen Grundstücke wirksam.

(3) Die Gemeinde kann den Anschluss von unbebauten Grundstücken an die bestehende Abwasseranlage verlangen, wenn besondere Gründe (z. B. das Auftreten von Missständen) dies erfordern.

(4) Wer nach Absatz 1 zum Anschluss verpflichtet ist, hat spätestens einen Monat nach Wirksamwerden des Anschlusszwangs prüffähige Unterlagen über die privaten Abwasseranlagen bei der Gemeinde einzureichen. Bei Neu- und Umbauten muss die Anschlussleitung vor der Schlussabnahme des Bauvorhabens hergestellt sein.

(5) Den Abbruch eines an die Abwasseranlage angeschlossenen Gebäudes hat der Anschlussverpflichtete der Gemeinde rechtzeitig vorher mitzuteilen, damit die Anschlussleitung bei Abbruchbeginn verschlossen oder beseitigt werden kann. Unterlässt er dies schuldhaft, so hat er für den dadurch entstehenden Schaden aufzukommen.

(6) Wer nach Absatz 1 zum Anschluss verpflichtet ist, hat nach Herstellung des betriebsfertigen Anschlusses das auf dem Grundstück anfallende Abwasser in die Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungszwang).

(7) Soweit die Voraussetzungen nach den Absätzen 1 und 6 nicht vorliegen, hat der Eigentümer eines Grundstücks, auf dem sich eine Grundstücksabwasseranlage (Hauskläranlage oder abflusslose Grube) befindet, sein Grundstück an die Einrichtungen zum Abfahren des in Hauskläranlagen anfallenden Schlammes und des in abflusslosen Gruben gesammelten Abwassers anzuschließen (Anschlusszwang). Er ist verpflichtet, das auf seinem Grundstück anfallende Abwasser in die Grundstücksabwasseranlage einzuleiten und es der Gemeinde bei Abholung zu überlassen (Benutzungszwang).

(8) Der nach Absatz 7 Anschluss- und Benutzungspflichtige hat der Gemeinde innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten dieser Satzung oder vor Inbetriebnahme neuer Grundstücksabwasseranlagen die Anzahl, die Art und die Größe dieser Anlagen auf dem Grundstück anzuzeigen.

## **§ 8**

### **Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang**

(1) Der Anschlussverpflichtete kann vom Anschlusszwang und/oder Benutzungszwang widerruflich oder auf eine bestimmte Zeit befreit werden, wenn ein dem öffentlichen Interesse überzuordnendes Interesse an einer privaten Beseitigung des Abwassers besteht und den Anforderungen der öffentlichen Gesundheitspflege genügt wird.

(2) Eine Befreiung vom Anschlusszwang kann binnen eines Monats nach Aufforderung zur Herstellung des Anschlusses schriftlich bei der Gemeinde beantragt werden. Dem

Antrag sind Pläne beizufügen, aus denen ersichtlich ist, wie die Abwässer beseitigt werden sollen. Eine Befreiung vom Benutzungszwang kann unter Angabe der Gründe spätestens einen Monat vor Beginn eines Vierteljahres schriftlich bei der Gemeinde beantragt werden.

## **§ 9**

### **Art und Ausführung der Anschlüsse an die Abwasseranlage**

(1) Unter den Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 soll jedes Grundstück einen unterirdischen und in der Regel unmittelbaren Anschluss an die Abwasseranlage haben, beim Trennverfahren je einen Anschluss an den Schmutz- und an den Regenwasserkanal. Auf Antrag kann ein Grundstück zwei oder mehrere Anschlüsse erhalten. Die Gemeinde kann bei Vorliegen besonderer Verhältnisse auch gestatten, dass zwei oder mehrere Grundstücke einen gemeinsamen Anschluss erhalten. Vor Zulassung eines gemeinsamen Anschlusses müssen die Unterhaltungs- und Benutzungsrechte und -pflichten schriftlich festgelegt und grundbuchlich gesichert werden.

(2) Die Lage, Führung und lichte Weite der Anschlussleitung sowie die Lage des Reinigungsschachtes bestimmt die Gemeinde; begründete Wünsche des Anschlussnehmers sollen dabei nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

(3) Die Herstellung, Erneuerung und Veränderung sowie die laufende Unterhaltung (Reinigung, Ausbesserung) der Anschlussleitungen und -einrichtungen einschl. des Reinigungsschachtes obliegen dem Anschlussnehmer. Die Arbeiten müssen fachgemäß und nach etwaigen besonderen Vorschriften der Gemeinde durchgeführt werden.

(4) Alle Anlagen und Einrichtungen, die der Genehmigung bedürfen (§ 11), unterliegen einer Abnahme durch die Gemeinde. Der Anschlussnehmer oder die ausführende Firma hat Baubeginn und Fertigstellung bei der Gemeinde anzuzeigen. Bei Abnahme müssen alle abzunehmenden Anlagen sichtbar und gut zugänglich sein. Die Prüfung und Abnahme der Anlagen durch die Gemeinde befreit den ausführenden Unternehmer nicht von seiner zivilrechtlichen Haftung für eine fehlerfreie und vorschriftsmäßige Ausführung der ihm übertragenen Arbeiten.

(5) Der Anschlussnehmer ist für den jederzeit ordnungsgemäßen Zustand und Betrieb der Anschlussleitungen und -einrichtungen einschließlich des Reinigungsschachtes verantwortlich. Er haftet für alle Schäden und Nachteile, die infolge mangelhaften Zustandes oder satzungswidriger Benutzung entstehen. Er hat die Gemeinde von Ersatzansprüchen freizustellen, die Dritte bei der Gemeinde auf Grund von Mängeln geltend machen. Bei einem gemeinsamen Anschluss für mehrere Grundstücke sind die Eigentümer der beteiligten Grundstücke für die Erfüllung der Unterhaltungs- und Benutzungspflichten Gesamtschuldner.

(6) Die Gemeinde kann jederzeit fordern, dass die Anschlussleitungen und -einrichtungen in den Zustand gebracht werden, der den Erfordernissen der öffentlichen



Sicherheit und Ordnung entspricht. Sie ist berechtigt, die Einrichtungen und den Betrieb zu überwachen.

## **§ 10 Grundstücksabwasseranlagen**

(1) Grundstücksabwasseranlagen (Hauskläranlagen oder abflusslose Gruben) müssen angelegt werden, wenn

- a) außer Niederschlagswasser weiteres Abwasser in Sinne des § 1 Abs. 2 Satz 1 auf dem Grundstück anfällt und ein Anschluss an die Abwasseranlage nicht möglich ist,
- b) die Gemeinde nach § 6 Abs. 7 eine Vorbehandlung des Abwassers vorschreibt,
- c) eine Befreiung vom Anschlusszwang an die Abwasseranlage erteilt wird.

(2) Eine Grundstücksabwasseranlage muss nach den bauaufsichtlichen Bestimmungen und den anerkannten Regeln der Abwassertechnik hergestellt und betrieben werden. Die Kosten für die Herstellung und den Betrieb der Anlage trägt der Grundstückseigentümer. Bei der Erneuerung, Veränderung oder Beseitigung von Grundstücksabwasseranlagen hat der Grundstückseigentümer auf seine Kosten binnen zwei Monaten die Teile, die nicht Bestandteil der neuen Anlage geworden sind, außer Betrieb zu setzen, von der Gemeinde entleeren zu lassen, zu reinigen und zu beseitigen bzw. ordnungsgemäß zu verfüllen. § 9 Abs. 5 und 6 gilt entsprechend.

(3) Für Grundstücksabwasseranlagen, deren Ablauf in die Abwasseranlage oder einen Vorfluter mündet, behält sich die Gemeinde vor, bei Nichtbeachtung der Vorschriften den Betrieb auf Kosten des Grundstückseigentümers selbst zu übernehmen.

## **§ 11 Anschlussgenehmigung**

(1) Die Herstellung und Änderung von Anschlussleitungen und –einrichtungen sowie von Grundstücksabwasseranlagen bedürfen der Anschlussgenehmigung durch die Gemeinde. Anschlussleitungen und Grundstücksabwasseranlagen müssen den jeweils geltenden DIN-Vorschriften entsprechen.

(2) Für das bauaufsichtliche Verfahren gelten im Übrigen die landesrechtlichen Bestimmungen.

## **§ 12 Entleerung der Grundstücksabwasseranlagen**

(1) Die abflusslosen Gruben werden grundsätzlich in Abständen von 3 Wochen nach den anerkannten Regeln der Technik geleert. Bei entsprechender Größe der Grube im

Vergleich zu den auf dem Grundstück wohnenden Einwohnern erfolgt die Leerung alle 2 oder 4 Wochen; soweit besondere Umstände in der Relation Grubengröße zur Einwohnerzahl auf dem Grundstück bestehen, erfolgt im Einvernehmen mit der Gemeinde eine Sonderregelung. Die Hauskläranlagen werden einmal im Jahr geleert. Die Termine für diese Regelentleerungen werden durch die Gemeinde bekannt gemacht.

(2) Ist bei überdurchschnittlicher Beanspruchung, bei Campingplätzen, Wochenendhausgebieten und dergleichen abweichend von der Regelentleerung nach Absatz 1 die Abfuhr des Schlammes bzw. des Abwassers erforderlich, so hat der Grundstückseigentümer mit der Gemeinde besondere Abfuhrtermine zu vereinbaren.

(3) Die Grundstücksabwasseranlage und der Zugang auf dem Grundstück zum Zwecke des Abfahrens des Abwassers müssen in verkehrssicherem Zustand gehalten werden. Hierzu gehört auch eine ausreichende Beleuchtung. Die Gemeinde kann die verkehrssichere Herrichtung der Grundstücksabwasseranlage und des Zugangs entsprechend den Erfordernissen des Einzelfalles verlangen.

### **§ 13 Betriebsstörungen**

(1) Gegen Rückstau aus den Abwasseranlagen in die angeschlossenen Grundstücke hat sich jeder Grundstückseigentümer selbst zu schützen.

(2) Bei Betriebsstörungen oder Außerbetriebsetzung der Abwasseranlage sowie bei Auftreten von Mängeln und Schäden, die durch Rückstau infolge von Naturereignissen wie Hochwasser, Wolkenbrüche oder Schneeschmelze oder durch Hemmung im Wasserlauf hervorgerufen werden, bestehen keine Ansprüche auf Schadenersatz, es sei denn, dass die Schäden von der Gemeinde auf Grund Vorsatzes oder grober Fahrlässigkeit zu vertreten sind.

(3) Bei vorübergehender Einschränkung, Unterbrechung oder Verspätung bei dem Abfahren des Schlammes aus den Hauskläranlagen und des Abwassers aus den abflusslosen Gruben infolge von Betriebsstörungen, Streik, betriebsnotwendigen Arbeiten, behördlichen Verfügungen, Feiertagsregelungen oder Verlegung des Zeitpunktes der Abholung sowie in Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadenersatz. Ist die Abwasserbeseitigung aus einem der vorgenannten Gründe unterblieben, so wird sie unverzüglich nachgeholt.

### **§ 14 Auskunfts- und Meldepflichten sowie Zugangsrecht**

(1) Die Benutzungspflichtigen sowie die sonstigen Nutzungsberechtigten des Grundstücks haben alle für die Prüfung der Grundstücksabwasseranlagen, der Anschlussleitungen und –einrichtungen sowie der Abscheider und für die Überwachung der Einhaltung der Einleitungsbedingungen sowie die für die Berechnung der Abgaben-

und Erstattungsansprüche erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Einsicht in die Unterlagen zu gewähren.

(2) Den Beauftragten der Gemeinde ist zum Abfahren des Schlammes und des Abwassers und zur Wahrnehmung der Rechte und Pflichten aus dieser Satzung ungehindert Zugang zu allen Grundstücken zu gewähren. Alle Teile der Grundstücksabwasseranlage, die Reinigungsöffnungen, Prüfschächte, Rückstauverschlüsse und Abscheider müssen den Beauftragten zugänglich sein.

## **§ 15**

### **Anschlussbeitrag und Gebühren**

Zur Deckung des Aufwands für die Herstellung, den Ausbau und Umbau der Abwasseranlage werden Anschlussbeiträge und zur Deckung der Kosten der Abwasserbeseitigung werden Benutzungsgebühren nach einer besonderen Beitrags- und Gebührensatzung erhoben.

## **§ 16**

### **Ordnungswidrigkeiten**

(1) Ordnungswidrig nach § 144 Abs. 2 Landeswassergesetz handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

- a) nach § 5 Abs. 2 unzulässige Abwassereinleitungen vornimmt,
- b) nach § 6 den Benutzungsbegrenzungen zuwiderhandelt,
- c) nach § 6 a Abs. 1 die Überwachung der Einhaltung der Einleitungsbedingungen nicht duldet und die nach § 6 a Abs. 4 angeordnete Beseitigung nicht unverzüglich durchführt,
- d) nach § 9 Abs. 3 und 4 die Anschlussleitungen und –einrichtungen nicht ordnungsgemäß herstellt und unterhält,
- e) nach § 10 Abs. 2 die Grundstücksabwasseranlage nicht ordnungsgemäß herstellt und betreibt oder nicht mehr benötigte Anlagen nicht beseitigt,
- f) die nach § 11 Abs. 1 erforderlichen Genehmigungen nicht einholt,
- g) nach § 12 Abs. 3 nicht für einen verkehrssicheren Zustand der Grundstücksabwasseranlagen und des Zugangs zu ihnen sorgt,
- h) den in § 14 geregelten Auskunft- und Mitteilungspflichten zuwiderhandelt und das Zugangsrecht verwehrt.

(2) Ordnungswidrig nach § 134 Abs. 5 Gemeindeordnung handelt, wer dem Anschluss- und Benutzungszwang nach § 7 zuwiderhandelt.

**17**  
**Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt rückwirkend am 01.01.2002 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Heidgraben (Abwassersatzung) vom 11.11.1981, zuletzt geändert durch die III. Nachtragssatzung vom 07.11.1989, außer Kraft.

Heidgraben, den 11.12.2012

Gemeinde Heidgraben  
Der Bürgermeister

(Tesch)

## A n l a g e zur Satzung über die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Heidgraben (§ 6 Abs. 1)

### Grenzwerte

der Beschaffenheit und der Inhaltsstoffe von industriellem und gewerblichem Abwasser, die in der Regel vor der Einleitung in die öffentlichen Entwässerungsanlagen der Verbandsmitglieder einzuhalten sind. Ein Wert gilt als eingehalten, wenn bei den letzten 4 Untersuchungen, die nicht länger als 3 Jahre zurückliegen, nicht mehr als eine Überschreitung festgestellt wurde.

A.	Allgemeine Parameter	Bestimmungsverfahren
1.	Temperatur	33 Grad C DIN 38404-C 4
2.	pH-Wert	6,5-10,0 DIN 38404-C5
3.	Absetzbare Stoffe, biologisch nicht abbaubar	1 ml/1/0,5 h analog DIN 38409-H 9-2 u. DEV H 1
B. Anorganische Stoffe (gelöst und ungelöst)		Bestimmungsverfahren
4.	Arsen (As)	0,5 mg/l DIN 38404-D 12
5.	Barium (Ba)	10,0 mg/l Verfahren nach Anlage zur 34. AbwasserVwV
6.	Blei (Pb)	1,0 mg/l DIN 38406-E 6 bzw. E 21
7.	Cadmium (Cd)	0,1 mg/l DIN 38406-E 19
8.	Chrom VI (Cr)	0,5 mg/l Verfahren nach Anlage zur 26. AbwasserVwV
9.	Chrom gesamt (Cr)	1,0 mg/l analog
10.	Cobalt (Co)	5,0 mg/l DIN 38406-E 21
11.	Kupfer (Cu)	1,0 mg/l DIN 38406-E 21
12.	Magnesium (Mg)	200,0 mg/l DIN 38406-E 3
13.	Mangan (Mn)	10,0 mg/l DIN 38406-E 2
14.	Nickel (Ni)	1,0 mg/l DIN 38406-E 21
15.	Quecksilber (Hg)	0,015 mg/l DIN 38406-E 12
16.	Silber (Ag)	1,0 mg/l DIN 38406-E 21
17.	Selen (Se)	1,0 mg/l AAS-Hydridsystem
18.	Zink (Zn)	2,0 mg/l DIN 38406-E 21
19.	Zinn (Sn)	2,0 mg/l AAS-Hydridsystem
20. Aluminium und Eisen, keine Begrenzung, sofern keine Schwierigkeiten im Kanal oder Klärwerk zu erwarten sind.		
C.	Anorganische Stoffe (gelöst)	Bestimmungsverfahren
21.	Ammonium (NH <sub>4</sub> )/Ammoniak (NH <sub>3</sub> ) berechnet als N	50 mg/l DIN 38406-E 5
22.	Cyanid, leicht freisetzbar (CN)	0,2 mg/l DIN 38405-D 13-2
23.	Cyanid, gesamt (CN)	1,0 mg/l DIN 38405-D 13-2
24.	Fluorid (F)	60 mg/l analog 39. AbwasserVwV
25.	Nitrit (NO <sub>2</sub> ) berechnet als N	6 mg/l DIN 38405-D 10
26.	Sulfat (SO <sub>4</sub> )	300 mg/l DIN 38405-D 5
27.	Sulfid (S)	2 mg/l DEV-D 7

28.	Sulfit (SO <sub>3</sub> )	50 mg/l	DEV-D 6
29.	Phosphat (PO <sub>4</sub> ) gelöst + ungelöst	100 mg/l	DIN 38405-D 11
<b>D.</b>	<b>Organische Stoffe</b>		<b>Bestimmungsverfahren</b>
30.	Kohlenwasserstoffe (Mineralöle u.a.) direkt abscheidbar: DIN 1999 (Abscheider für Leichtflüssigkeiten beachten)	20 mg/l	DIN 38409-H 18
31.	Schwerflüchtige, lipophile Stoffe (Öle, Fette u.a.) Bei Fettabscheidern: DIN 4040 u. DIN 4041 beachten	250 mg/l	DIN 38409-H 17
32.		4 mg/l	POX-Bestimmung in Anlehnung an DIN 38409-H 14
	32.2 Halogenhaltige organische Verbindungen, berechnet als organisch gebundenes Chlor 32.1 leichtflüchtige Verbindungen (mit Luft ausblasbar: POX) schwerflüchtige Verbindungen (nicht mit Luft ausblasbar)	1 mg/l	DIN 38409-H 14 (AOX-Methode)
33.	Phenole	20 mg/l	DIN 38409-H 16
34.	<b>Organische, halogenfreie Lösungsmittel</b> Mit Wasser ganz oder teilweise mischbar und biologisch abbaubar: Entsprechend spezieller Festlegung, jedoch auf keinen Fall größer als es der Löslichkeit entspricht.		
35.	<b>Farbstoffe</b> In der Zusammensetzung unbedenkliches farbstoffhaltiges Abwasser darf nur eingeleitet werden, wenn dessen Entfärbung in der Verbandskläranlage gewährleistet ist.		